

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 229 / 2014

Kiel, Freitag, 16. Mai 2014

Innen / Wahlrecht

Dr. Ekkehard Klug: Engagement der Landesregierung verdient die Note „ungenügend“

In seiner Rede zu TOP 40 (Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zum Wahlrecht) erklärt der Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Vor mehr als einem Jahr hat der Landtag die Landesregierung mit großer Mehrheit dazu aufgefordert, zwei Bundesratsinitiativen zu starten:

1. für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer;
2. für ein Landtagswahlrecht aller Bürger der Europäischen Union, die in einem deutschen Bundesland wohnen.

Im Laufe der letzten zehn, zwölf Jahre hat sich die Zahl der EU-Bürger, die dauerhaft in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union leben, ungefähr verdoppelt – auf mittlerweile rund acht Millionen Menschen.

In Großbritannien haben dort ansässige EU-Bürger schon lange das Wahlrecht zu den Regionalparlamenten von Schottland, Wales und Nordirland. Damit handeln die Briten im besten europäischen Demokratieverständnis als Vorbild – als ein Vorbild auch für unseren Antrag auf Einleitung einer Bundesratsinitiative. SPD, Grüne, SSW und PI-RATEN haben unseren Antrag vor über einem Jahr mit unterzeichnet. Nur die CDU blieb auf Abstand.

Um so trauriger finde ich es, dass die Landesregierung das Thema bisher nicht angepackt hat. Lustlos, kraftlos, ohne erkennbares Engagement ist die Landesregierung an diese Sache herangegangen.

Beim zweiten Thema, dem Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer, hat sich die Landesregierung immerhin im März – ein

knappes Jahr nach unserem Landtagsbeschluss – dazu durchgerungen, einen sieben Jahre alten Bundesratsantrag des Landes Rheinland-Pfalz vom September 2007 mit zu unterstützen.

Bei dem zweiten Anliegen, dem Landtagswahlrecht für Unionsbürger, ‚ruht still der See‘. Dabei wäre ein eigener schleswig-holsteinischer Bundesratsantrag hierzu – gerade jetzt, vor den bevorstehenden Europawahlen – ein starkes Signal für die Stärkung der europäischen Demokratie gewesen.

Die Landesregierung hat es versäumt, den ihr vom Parlament zugepielten Ball ins Tor zu schießen. Ihr europäisches Engagement verdient jedenfalls in diesem Punkt die Note ‚ungenügend‘!“